

Auswertung der Positionen Wintersession 2024

Bildungspolitik

2024.RRGR.182 Postulat Jahresabo eines bernischen Medienerzeugnisses für alle 18-jährigen im Kanton Bern	
Empfehlung Bildung Bern	Entscheid Grosser Rat
Annahme	Annahme und gleichzeitige Abschreibung
<p>Kommentar:</p> <p>Die Angst vor den linken Medien war eines der Argumente, warum der Vorstoss von Teilen des Rates abgelehnt wurde. Andere fanden, die Umsetzung sei zu teuer und zu bürokratisch. Letztlich wurde das Postulat als unnötig betrachtet. Gratiszeitungen und Probeabos würden ausreichen.</p> <p>Die Sorge um die schwindende Medienvielfalt ist vorhanden. Das Anliegen wurde bereits vor ein paar Jahren geprüft und letztlich abgeschrieben.</p> <p>Bildung Bern hätte die erneute Prüfung des Anliegens begrüsst. Die Abschreibung des Vorstosses verhindert diese Prüfung.</p>	

2024.RRGR.57 Motion Demokratische Mittel und Miliz statt Hetze	
Empfehlung Bildung Bern	Entscheid Grosser Rat
Annahme und Abschreibung	Annahme und Abschreibung
<p>Kommentar:</p> <p>Wie Bildung Bern, sah die Mehrheit des Rates das Anliegen als erfüllt an. Die Grundlagen für die Erfüllung der Lehrplanziele sind vorhanden, die ausführliche Überprüfung der Umsetzung des Lehrplans erfolgt alle drei Jahre durch die Schulinspektorate. Wiederholt wurde die Arbeit der Lehrpersonen gelobt.</p>	

2024.RRGR.58 Richtlinienmotion Sich wehren und Regeln einhalten	
Empfehlung Bildung Bern	Entscheid Grosser Rat
Annahme und Abschreibung	Annahme und Abschreibung
<p>Kommentar:</p> <p>Der Grosse Rat sieht keine Notwendigkeit, in den Schulen gezielt Kampfsportarten im Sportunterricht zu erlernen. Mit dem Themenaspekt „Kampfspiele“ sind im Lehrplan die Grundlagen vorhanden, um das Kämpfen innerhalb von Regeln zu üben.</p>	

2024.RRGR.63 Richtlinienmotion Obligatorischer Jungschützenkurs und obligatorische Schusswaffenausbildung in der Volksschule für Schweizer Bürger	
Empfehlung Bildung Bern	Entscheid Grosser Rat
Ablehnung	Ablehnung
Kommentar: Aufgabe der Schule ist die Grundbildung. Die Wehrfähigkeit des Landes sicherzustellen, ist Aufgabe der Armee. Das Parlament sah dies fast einstimmig ebenso.	

2024.RRGR.172 Richtlinienmotion Wirksame Massnahme gegen Gewalt an den Berner Schulen: Bündner Standard implementieren und anwenden bei Gewaltprävention und Grenzverletzungen	
Empfehlung Bildung Bern	Entscheid Grosser Rat
Annahme und Abschreibung	Annahme und Abschreibung
Kommentar: Gewaltprävention in den Schulen wird als wichtig erachtet. Sie soll offen gestaltet werden können. Bildung Bern ist froh, dass den Schulen nicht ein bestimmtes Programm auferlegt wird und sie selbst auswählen können, ob und wo sie welche Unterstützung und Begleitung in der Thematik in Anspruch nehmen wollen.	

2024.RRGR.72 Postulat Politik lernt man in der Schule	
Empfehlung Bildung Bern	Entscheid Grosser Rat
Annahme	Annahme
Kommentar: Zu stark hängt die politische Bildung in den Schulen aller Stufen vom Engagement der Lehrpersonen und deren Rahmenbedingungen ab. In Zeiten von Fake News und Populismus ist eine gute politische Bildung zwingend. Die Demokratie ist kein Selbstläufer, sondern muss gepflegt werden. Ob dazu die Lehrpläne der Volksschulen und des allgemeinbildenden Unterrichts der Berufsfachschulen angepasst werden müssen oder ob es andere Wege gibt, um das Ziel zu erreichen, soll die Prüfung zeigen. Der Grosse Rat teilte die Sorge um die Demokratie und sah von einer Abschreibung des Postulats ab.	

Finanzpolitik

RRB 825/2024	
Budget 2025 und Aufgaben- und Finanzplan 2026-2028	
Kredit Campus Burgdorf	
Empfehlung Bildung Bern	Entscheid Grosser Rat
Annahme	Ablehnung
<p>Kommentar:</p> <p>Trotz grossem Einsatz und guten Argumenten fand der Umzug der Lädere nach Burgdorf um drei Stimmen keine Mehrheit im Grossen Rat. Die finanzpolitischen Ängste führten zur Ablehnung des Kredits. Aus Sicht Bildung Bern eine bildungspolitische Kurzsichtigkeit, die auf die Dauer nicht weniger kostet und das Renommée des Kantons arg beschädigt. Nun gilt es, die Technische Fachschule an den Standorten in Bern als unverzichtbare Bildungsinstitution in ihrer Weiterentwicklung zu unterstützen.</p>	
Planungserklärung Umzug Schule für Gestaltung nach Burgdorf	
Empfehlung Bildung Bern	Entscheid Grosser Rat
Ablehnung	Ablehnung
<p>Als Ersatz für die Lädere sollte Burgdorf plötzlich die Schule für Gestaltung erhalten. Ohne jegliche Rücksprache mit der Schule und ohne Abklärungen wurde diese Idee zur Abstimmung gebracht. Bildung Bern hat sich mit einem kurzfristig erstellen Argumentarium gegen diesen regionalpolitischen Schnellschuss gewehrt.</p>	
Planungserklärungen zum Teuerungsausgleich	
Empfehlung Bildung Bern	Entscheid Grosser Rat
Ablehnung	Ablehnung
<p>Der allgemeine Teuerungsausgleich im Rahmen von einem Prozent sollte mit einer sozialen Komponente verbunden und nur bis zu einem Einkommen von 100'000 CHF voll ausbezahlt werden. Damit wäre das Lohngefüge aus den Fugen geraten und unverständlich geworden. Der bürokratische Aufwand wäre hoch gewesen. Bildung Bern ist der Ansicht, dass soziale Massnahmen beispielsweise über das Steuersystem erfolgen müssen, nicht aber über eine nicht lineare Verteilung der Mittel für den generellen Teuerungsausgleich. Diese Planungserklärung wurde zurückgezogen. Eine weitere Planungserklärung wollte die Teuerung in Form von fixen Beträgen ausbezahlen. Diese Idee fand keine Mehrheit.</p>	
Budget und Finanzplan	
<p>Kommentar Bildung Bern</p> <p>Die finanzpolitischen Monster, die für kommende Jahre beschworen wurden, führten dazu, dass wichtige Investitionen nicht gemacht oder verschoben werden. Eine geringe Steuersenkung von 79 Mio CHF war dem Rat wichtiger als eine zukunftsgerichtete Investitionspolitik. Die Steuersenkung wird für die einzelne Person mit durchschnittlichem Einkommen nicht spürbar sein, in der Kantonsrechnung allerdings schon. Ob die Rechnung aufgeht und dadurch mittelfristig mehr Steuereinnahmen durch (gutverdienende) Personen generiert werden können, wird sich zeigen.</p>	

Mit den Lohnmassnahmen von 1.5 Prozent für den individuellen Lohnaufstieg und Mitteln für den Ausgleich der Delle und einem generellen Teuerungsausgleich von einem Prozent hat Bildung Bern das Maximum des politisch Machbaren erreicht und erachtet dies als mittlere Zufriedenheit.

Schulleitungen der Volksschule

Für die Erhöhung der Ressourcen und die Entlastung der Schulleitungen der Volksschulen sind ab 2025 5 Mio CHF, anschliessend 11 Mio CHF im Budget und im Finanzplan eingestellt. Diskussionslos wurde diesen Beträgen im Rahmen der Genehmigung des Gesamtbudgets zugestimmt.

Bildung Bern ist hocheifrig über diese personalpolitische Verbesserung.

Bern, 12. Dezember 2024

Leiterin Gewerkschaft: Anna-Katharina Zenger